



Bürgerinitiative „Gesund Leben am Stienitzsee e.V.“

Postanschrift: Wohnpark am Stienitzsee 7, 15378 Hennickendorf

Telefon: 033434 155415

Mobil: 017 22459663

E-Mail: apossin@arcor.de

E-Mail: info@gesund-am-stienitzsee.de

Pressemitteilung

12.03.2014

- **Antwort des Ministeriums zur Petition an den Landtag lässt viele Fragen offen**
- **Einbeziehung des Humantoxikologischen Gutachten ins Genehmigungsverfahren gefordert**
- **Immissionsmessstellen für die Gemeinde Rüdersdorf gefordert**

Die Mitglieder und Unterstützer der Bürgerinitiative „Gesund Leben am Stienitzsee“ e.V. haben sich auf ihrem Dienstagstreffen mit der Antwort auf ihre Petition an den Landtag, durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz befasst.

Der Petitionsausschuss des Landtages hatte sich am 18. Februar mit der Petition befasst und das Ministerium gebeten die Einreicher über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Am 22. November des letzten Jahres demonstrierten Bürger der Gemeinde Rüdersdorf vor dem Brandenburgischen Landtag gegen die Erweiterung der Vattenfall Müllverbrennungsanlage in Rüdersdorf bei Berlin und übergaben an den Landtagspräsidenten die Petition mit über 3300 Unterschriften. Darin fordern die Unterzeichner den Landtag auf, sich gegen die Umwandlung des IKW Rüdersdorf in eine Müllverbrennungsanlage, für einen sofortigen Stopp des Antragsverfahrens und die Beauftragung eines Humantoxikologischen Gutachtens, dass die Gesamtumweltbelastung aller Emittenten im Industriegebiet einschließt, auszusprechen.

Die nun vorliegende Antwort des Ministeriums wird dem Anliegen der Initiatoren der Petition in keiner Weise gerecht und gibt zum Teil bereits altbekannte Positionen aus dem Ministerium und dem Landesumweltamt wieder.

So wird die Einbeziehung, des von der Gemeinde Rüdersdorf inzwischen beauftragten Humantoxikologische Gutachten, in das laufende Antragsgenehmigungsverfahren abgelehnt. Ohne die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen des bekannten Humantoxikologen Dr. Hermann Kruse von der UNI Kiel abzuwarten, ist im Antwortschreiben zu lesen:

„Eine weitergehende humantoxikologische Untersuchung würde zu keinem anderen Ergebniss führen, da die vorliegenden Erkenntnisse der Wissenschaft zur Wirkung der emittierten Schadstoffe bei der Bestimmung der Grenzwerte berücksichtigt wurden.“

Vor dem Hintergrund, dass schon heute EU Richtlinien reduzierte Grenzwerte fordern, die zum jetzigen Zeitpunkt nur noch nicht in Deutschland wirksam sind, stellt sich der Bürgerinitiative die Frage, ob der Schutz einer gesunden Umwelt hinter die Interessen der Industrie gestellt wird. Vielmehr erwarten die Menschen von den verantwortlichen Politikern im Land, von der Industrie freiwillige Selbstverpflichtungen einzufordern um diese abgesenkten Grenzwerte schon jetzt zu erreichen.

„Die Einbeziehung der Ergebnisse des humantoxikologischen Gutachtens ist für uns ein zentrales Anliegen im Genehmigungsverfahren. Auch das Ministerium wird die wissenschaftlichen Ergebnisse des Gutachtens nicht einfach ignorieren können. Es sollte den Termin der Anhörung weiter verschieben, damit das Gutachten berücksichtigt werden kann“, so Dr. Ramona Schmid erste Vorsitzende der BI

Auf die Forderung in der Petition, die Veröffentlichung der Emissionsmessungen durch die Anlagenbetreiber über Gesetz oder Verordnung zu regeln, erklärt man sich als nicht zuständig und verweist auf die Bundesgesetzgebung. Es ist positiv zu sehen, dass zumindest das Anliegen der Bürger nach Transpa-

Sparkasse Märkisch-Oderland

Bankleitzahl 17054040

Konto 20027176

renz verstanden wird und gegenüber Vattenfall angeregt wurde, auf freiwilliger Basis eine solche Veröffentlichung vorzunehmen.

Die Einrichtung von automatischen Immissionsmessstellen wurde auf dem BI Treff durch die Bürger mit Nachdruck gefordert. Dieses Anliegen ist auch eine zentrale Forderung der Gemeinde Rüdersdorf und wird dabei durch das „Aktionsbündnis gegen Müllverbrennung“ einem Zusammenschluss der Rüdersdorfer Bürgerinitiativen, unterstützt.

„Es ist unverständlich, dass immer noch über das Ob und nicht über das Wie diskutiert wird.

Am 22. November letzten Jahres hatte sich Ministerin Tack im Landtag zu den Messstationen geäußert und verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, nur getan hat sich nichts“ kritisiert Alfred Possin vom Aktionsbündnis.

Die Bürgerinitiative „Gesund Leben am Stienitzsee e.V.“ wird die Einrichtung der Messcontainer zum zentralen Thema in den Gesprächen mit den Kandidaten und Parteien im Landtagswahlkampf machen.

Hintergrund:

Die Firma Vattenfall Europe New Energy Ecopower GmbH stellte am 31.5.2013 beim zuständigen Landesumwelt Brandenburg (Frankfurt Oder) Pläne zum Ausbau ihrer Abfallverbrennungsanlage in Rüdersdorf (Märkisch-Oderland) vor. Demnach beantragt Vattenfall zukünftig bis zu 20.000 Tonnen mehr zu verbrennen. Zu den bereits genehmigten 30 Abfallschlüsselnummern werden jetzt weitere 20 beantragt. Darunter auch Sperrmüll, Krankenhausabfälle und Klärschlämme aus Abwasser-Behandlungsanlagen. Kontrollen des angelieferten Mülls will Vattenfall zugleich abbauen. Gegen die Erweiterung der Anlage gibt es massive Proteste in der Region.

Kontakt:

Alfred Possin 01722459663